

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Auswärtigen und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angerbenpreise für Anzeigen im Auer Tageblatt für Auswärtige, ausserhalb des Erzgebirges, 20 Goldpfennige, inwärtige Anzeigen 10 Goldpfennige, Restanten-Preise 10 Goldpfennige, amtliche Preise 10 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 229

Mittwoch, den 1. Oktober 1924

19. Jahrgang

### Die Fesselung des Mars.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Endlich nach mehrwöchigen Bemühungen haben die Kommissionen des Völkerbundes in Genf die mit der Ausarbeitung eines Sicherheitspactes zur Verhütung künftiger Kriege beauftragt sind, ihre Arbeiten beendet und der Völkerbundsrat kann nunmehr abschließend dazu Stellung nehmen. Es ist in diesen Verhandlungen besonders zwischen der englischen und der französischen Delegation heftig gekämpft worden, und nur der unermüdbaren und geschickten Vermittlerfähigkeit des Tschechoslowaken Benesch und des Griechen Politis ist es zu verdanken, daß es überhaupt zu einer Einigung auf einer gewissen mittleren Linie gekommen ist.

Das in Genf ausgearbeitete Sicherheitsprotokoll beruht in seinen Grundgedanken auf den Sicherungsbestimmungen des Völkerbundespactes. Vorläufig soll es aber den Völkerbundsakt nicht berühren, sondern neben ihm hergehen, damit es auch von solchen Mächten unterzeichnet werden kann, die nicht dem Völkerbunde angehören. Erst wenn alle Mächte dem Völkerbunde angeschlossen sind, wird es einen Bestandteil des Völkerbundsactes bilden. Die drei Grundpfeiler des Protokolls sind die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, das Verbot des Angriffskrieges und die gemeinsamen Sanktionen gegen den oder die Angreifer. Nach dem Bericht von Politis soll das Protokoll die Säulen des früheren Schiedsverfahrens schließen und einen großen, auf eine friedliche Abgleichung des Mechanismus schaffenden, der unter Leitung des Völkerbundes für jeden Streitfall eine Schlichtungsmöglichkeit bieten. Die obligatorische Zuständigkeit des Internationalen Ständigen Gerichtshofes wird nach Möglichkeit erweitert. Wenn eine Streitfrage nicht unter die Zuständigkeit des Gerichtshofes fällt oder die Parteien sich nicht über eine Schlichtungsmöglichkeit einigen können, muß der Fall vor den Völkerbundsrat gebracht werden, der eine Vermittlung versucht. Scheitert der Verständigungsversuch des Rates so hat er die Parteien aufzufordern, den Streitfall einer schiedsgerichtlichen Regelung zu unterbreiten. Wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind, so erhält der Völkerbundsrat die Vollmacht zur endgültigen Regelung des Streitfalles durch eine einmütige Entscheidung.

Gegen alle diejenigen Staaten, die zu einem Angriffskriege schreiten, hat der Völkerbundsrat Sanktionen vorzunehmen, um sie zur Einhaltung der Verpflichtungen des Protokolls zu zwingen. Angreifer ist derjenige Staat, der unter Verletzung der Pflichten des Protokolls kriegerische Handlungen unternimmt, eine friedliche Regelung oder eine Entscheidung des Rates ablehnt oder die vom Rate angeordneten vorläufigen Maßnahmen verlegt. Für die Feststellung des Angreifers ist Einstimmigkeit im Völkerbundsrat erforderlich. Diese Bestimmung ist von besonderer Wichtigkeit für Deutschland, falls es dem Völkerbundsrate beitreten sollte, weil es dann jederzeit Gelegenheit hätte zu verhindern, daß es in eine Völkerexekution gegen einen Nachbarstaat hineingezogen wird, die seinen Interessen widerspricht. Kann der Rat bei der Feststellung des Angreifers keine Einstimmigkeit erzielen, so muß er den Parteien mit Zweidrittelmehrheit Waffenstillstand auferlegen. Die Ausföhrung der Sanktionen ist Sache der einzelnen Regierungen. Ueber das Aufheben der Sanktionen hat der Rat zu entscheiden, der auch Sicherungen gegen neue Anarische Vorhaben kann, aber unter Ausschluß von Gebietsabtretungen und Beeinträchtigungen der politischen Unabhängigkeit.

Vollständige Säulenlosigkeit wird allerdings auch durch das gegenwärtige Protokoll nicht erzielt. Die eine dieser Säulen berührt ein japanischer Protest der darauf hinweist, daß ein Staat sich der internationalen Untersuchung zu entziehen vermöge unter dem Vorwand, daß der Streitfall lediglich eine Frage seiner eigenen Gesetzgebung herührt. Japan fürchtet, daß ihm durch diese Bestimmung jegliche Möglichkeit genommen wird die Frage der Einwanderung in Amerika vor ein internationales Forum zu ziehen oder selbst in die Hand zu nehmen. Die andere Säule herührt aus der Tatsache, daß die deutsche Regierung, deren Gegenstand die Revision bestehender internationaler Verträge oder der gegenwärtigen territorialen Verhältnisse der Signatarstaaten ist nicht dem Schiedsverfahren des Protokolls unterliegen. Damit würde Deutschland und den anderen besiegten Ländern jede Möglichkeit genommen werden, auf dem Wege des Schiedsgerichts in friedlicher Weise eine Abänderung der in den Friedensverträgen enthaltenen Ungerechtigkeiten zu erzielen. Es liegt auf der Hand, daß der Garantepact für Deutschland nur noch einen sehr geringen Wert hätte, wenn diese Bestimmung unverändert erhalten bleibt.

### Das deutsche Völkerbund-Memorandum.

Der deutsche Botschafter bei Herrlot.

Berlin, 29. Sept. Der deutsche Botschafter in Paris Dr. v. Hoersch, der heute früh dort eintraf, hat heute vormittag das deutsche Memorandum an den Ministerpräsidenten Herrlot übergeben. Ueber den Inhalt der Note soll nach Verabredung der beiden Herren nichts veröffentlicht werden. Da aus englischer Quelle bereits Andeutungen über den Wortlaut der Note vorliegen, stellt Herr v. Hoersch fest, daß diese Informationen nicht zutreffend seien. Bedingungen seien in der Note nicht gestellt. Die Kriegsschuldfrage sei nicht berührt worden. Herrlot erklärte, daß er die Antwort erst nach Beratung mit seinen Kollegen erteilen könne. Er sagte ferner, daß er „nicht ganz so lange Zeit zur Überlegung brauchen werde wie die Reichsregierung zur Abfassung des Memorandums“. Betont wird noch, daß in den Instruktionen an den Botschafter zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Reichsregierung den ersten Wunsch habe dem Völkerbund beizutreten, und daß Herr v. Hoersch diesen Wunsch dem Ministerpräsidenten Herrlot habe zur Kenntnis bringen sollen.

Die Reichsregierung hat die bereitgestellten fremden Regierungen gebeten, um durch eine öffentliche Erörterung den Gang der Besprechung nicht zu führen, von einer Bekanntgabe der deutschen Darlegungen zunächst abzusehen. Deshalb wird auch deutschseits der Inhalt des Memorandums nicht veröffentlicht.

Die „Völker Nachrichten“ bringen aus Genf folgendes Privattelegramm: Die Berliner Bedingungen in dem deutschen Memorandum, die für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gestellt werden, wirken einfach ernüchternd. Sie werden als teilweise so grotesk betrachtet, daß man nicht mehr ernsthaft von der Aufnahmefrage spricht.

Paris, 29. Sept. Wie die Agence Havas mitteilt, wird Ministerpräsident Herrlot das heute vom deutschen Botschafter überreichte Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am kommenden Donnerstag dem Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik um 4 Uhr nachmittags zusammentreten wird, zur Prüfung unterbreiten. Der Inhalt des Memorandums ist heute nachmittag während des Kabinettsrates den Ministern mitgeteilt worden.

### Der Berliner Weltfriedenskongress und der Völkerbund.

Berlin, 29. Sept. Wie aus Genf dem deutschen Friedenskartell mitgeteilt worden ist, wird der norwegische Delegierte beim Völkerbund, der bekannte Friedrich Haugen, im Weltfriedenskongress, der am 5. Oktober im Plenarsitzungsaal des Reichstages in Berlin eröffnet wird, teilnehmen. Ferner hat der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Drummond an das internationale Büro des Verbandes der Friedensgesellschaft ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er ankündigt, daß sich der Völkerbund an dem 23. Weltfriedenskongress in Berlin offiziell vertreten lassen will. Ein Mitglied der Informationsabteilung begibt sich nach Berlin, um an den Verhandlungen des Kongresses (3.—8. Oktober) teilzunehmen.

### Beginn der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 29. Sept. Die deutsche Delegation für die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen wird unter Führung des Staatssekretärs Trendelenburg heute abend Berlin verlassen. Die Verhandlungen werden morgen in Paris ihren Anfang nehmen.

Berlin, 29. Sept. Ueber den Stand der Handelsvertragsverhandlungen wird von unterrichteter Seite noch mitgeteilt, daß die vor einiger Zeit mit Belgien stattgehabten Verhandlungen Mitte Oktober wieder aufgenommen werden. Auch Italien ist neuerdings wegen Abschlußes eines Handelsvertrages an Deutschland herangetreten. Endlich wird versucht, mit Rußland einen ordnungsmäßigen Handelsvertrag abzuschließen.

London, 29. Sept. Von maßgebender Seite in der City sowohl wie von informierter diplomatischer Seite wird bestimmt verkündet, daß England bei den jetzt laufenden Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages darauf bestehen wird, von Deutschland in der gleichen Weise behandelt zu werden wie andere Länder, womit natürlich Frankreich gemeint ist. Würde es sich zeigen, daß Frankreich der Teil ist, der zu einer Neuaufteilung Englands dränge, dann würde man englischerseits sofort die Frage der Kriegsschuld aufrollen.

### Republikanischer Block gegen Bürgerblock

Berlin, 29. Sept. In Frankfurt am Main hielt der Republikanische Reichsbund eine Tagung ab, in deren Verlauf eine Entschliessung gefaßt wurde, die darin bestand, dem Bürgerblock einen Block der Republikaner entgegenzustellen. Der entscheidende Punkt der deutschen Politik liegt heute in einer im Wesentlichen Völkerbundsorientierten Politik. Eine solche Politik sei die deutsche Lebensfrage. Sie könne nur auf dem Grunde eines republikanischen Blockes entschieden werden. Dieser republikanische Block müsse daher mit allen Mitteln im Gegensatz zum Bürgerblock erreicht werden. Da er im heutigen Reichstag nicht zu verwirklichen sei, sei dieser Reichstag aufzulösen, um dem Ziele der Schaffung eines freien unabhängigen republikanischen Blockes näherzukommen.

Auf dem zurzeit in Magdeburg stattfindenden Republikanertag hielten verschiedene politische Persönlichkeiten Reden, in denen sie sich kritisch gegen den Bürgerblock aussprachen.

### Dr. Luther über den Preisabbau.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther setzte sich in einem Interview mit der Frage des Preisabbaues auseinander. Der Minister wies nachdrücklich darauf hin, daß die Regierung eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet habe, die die Grundlage des allgemeinen Preisabbaues in der deutschen Wirtschaft bilden müßten. Dr. Luther spielte hierbei auf die Herabsetzung der Rohstoffpreise, der Postgebühren für den Geldverkehr sowie der Ökonomie an; auch auf die Ermäßigung der Umsatz- und Kapitalverkehrssteuer, der Provisions- und Zinssätze bei den Banken und die Änderung der Kreditpolitik der Reichsbank wies er hin. Nachdem die Regierung somit den Anfang gemacht habe, sei auch die Wirtschaft bei aller Anerkennung ihrer schwierigen Lage nun ihrerseits verpflichtet, den einmal beschrittenen Weg weiterzugehen, um durch die Senkung der Preise auf der einen, Steigerung der Produktion auf der anderen Seite an der Sanierung des deutschen Wirtschaftslebens beizutragen. Folgeschwer würde es aber sein, wenn sich die Tarifermäßigungen und Steuerermäßigungen nicht auch auf die ganze Preisgestaltung auswirken würden. Es gebe Betriebe, in denen die Forderung nach Preisabbau durchaus berechtigt sei. Wenn man es vielfach so darstelle, als ob alles von den Steuern abhängt, so sei dies eine Täuschung. „Ich bin bereit, das Meine zu tun,“ schloß der Minister, „aber ich muß die Wirtschaft ebenso dringend bitten, das Ihre zu tun.“

### Die umfangshindernde Umsatzsteuer.

Eine Denkschrift des Reichsfinanzministers.

Berlin, 29. Sept. Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangenen ist, zu den Problemen der Umsatzbesteuerung Stellung genommen. Die Denkschrift erörtert u. a. die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gerügten Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Belastung der Ausfuhr, beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ausführlicher Stellungnahme zu diesen Problemen kommt die Denkschrift in einem Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuerfußes behoben werden.

### Die Elsfasser fordern Aufhebung der 26 prozentigen Abgabe.

Strasburg, 29. Sept. Wie das Pariser „Journal“ aus Strasburg meldet, haben die elsässischen Handelskammern in einem gemeinsamen Beschlusse am Sonnabend die Wiederaufhebung der 26prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren gefordert. Das „Journal“ erzählt, daß sich ein schnelles Zurückgehen der elsässischen Ausfuhr nach Deutschland bemerkbar mache, da viele deutsche Abnehmer die 26-Prozent-Abgabe durch einen Verzicht auf Lieferungen aus dem Elsass zu beantworten schienen.

### Calles als Präsident von Mexiko bestätigt.

New York, 29. Sept. Aus Mexiko wird gemeldet, daß die Deputiertenkammer die Wahl des Generals Plutarco Elias Calles zum Präsidenten mit Amtlichen gegen eine Stimme bestätigt und den Präsidenten durch Telegramm nach Berlin hieron benachrichtigt hat.

Wie verlautet, wird Präsident Calles am kommenden Freitag Berlin verlassen.